

1848 – 175 Jahre
Deutsche Revolution



10 Jahre AfD

TREND

NEUER ZEITGEIST

Lieber Leser,
im Januar 2013 war ich gerade einen Monat aus der CDU ausgetreten und war jüngst bei der FDP Mitglied geworden.

Atomausstieg, EURO-Politik, Wehrpflichtaussetzung und zunehmende staatliche Gängelung hatten mich zum Abschied von den ehemals Konservativen veranlaßt.

So richtig glücklich war ich bei der FDP zwar nicht, aber als Unternehmer und Familienvater gab es im deutschen Parteienspektrum keine Alternative. Das war der Stand im Februar 2013.

Im März hörte ich von der Parteigründung in Oberursel. „Alternative für Deutschland“, das klang interessant.

Im Galileo, dem italienischen Restaurant im 1. OG der Silberlaube sollten sich Leute von der AfD treffen, so hörte ich.

Der Terminkalender war voll, so bat ich meine Frau, sich diese Leute mal anzuschauen. Was sie berichtete, veranlaßte mich, diese Alternative selbst in Augenschein zu nehmen.

Einen Bezirksverband in Steglitz-Zehlendorf gab es noch nicht. In der Gruppe, die sich im Südwesten Berlins gebildet hatte, dominierte Dr. Hans-Joachim Berg. Ein Mann, der lange bei Alfred Dregger im Deutschen Bundestag gearbeitet hatte und wußte, wie Partei funktioniert.

Der Landessprecher war auch meist anwesend, Günter Brinker, häufig begleitet von seiner Frau Kristin, der heutigen Landesvorsitzenden. Für mich war schnell klar: Hier spielt die Musik,



hier ist Deine politische Heimat, Tschüß FDP.

Im April 2013 war ich Mitglied im Landesverband der AfD Berlin.

Die nun folgenden 10 Jahre wurden turbulent. Einerseits verschlechterten sich die Rahmenbedingungen in Deutschland in rasantem Tempo, andererseits war spätestens seit 2015 klar: Die Mächtigen wollen das Deutschland, das wir kannten, abschaffen.

Eine Legislatur, von 2016 bis 2021, vertrat ich die Berliner im Abgeordnetenhaus. Auf Parteiebene durfte ich als stellvertretender Vorsitzender oder Beisitzer den Bezirksverband der Steglitzer AfD mit einer kurzen Pause seit Gründung vertreten.

Die Partei hat mir viel gegeben. Viel Herzblut und Zeit habe ich seither in unser gemeinsames Projekt zur Erhaltung Deutschlands eingebracht. Meiner Frau und meiner Familie gilt mein besonderer Dank!

Zu 10 Jahren AfD schließe ich mit Édith Piaf: „Non, je ne regrette rien.“

Andreas Wild



Inhalt

Seite 2 Editorial

Seite 3 Titel

10 Jahre AfD

Seite 4-5 Geschichte/Lokales

1813 – An mein Volk

Kein Abriss von Gründerzeithäusern

Seite 6 Feiertag/Political Correctness

Frauentag/James Bond woke

Seite 7-8 Geschichte/Ausland

März 1848 - Revolution in Berlin

Schottenpartei sucht Vorsitzenden

Seite 9 Politik

FDP auf der Titanic

Seite 10 Partei

Sichtbarkeit auf der Straße

Seite 11 Partei

Aufnahmeformular

Seite 12 Glosse

Fromme Wünsche

Spenden für unsere Arbeit ...

Empfänger: Bezirksverband Steglitz-Zehlendorf
IBAN: DE 44 1005 0000 0190 8684 90

BIC: BELADEBEXXX Bank: Berliner Sparkasse

Verwendungszweck: Spende AfD Berlin,

Vorname, Nachname, Straße/Hausnummer, PLZ/Ort

Impressum
Adresse: AfD Bezirksverband
Steglitz-Zehlendorf
Postfach 450109
12171 Berlin
Email: vorstand@afd-sz.de

10 Jahre Alternative für Deutschland

Als am 6. Februar 2013 eine handvoll von der CDU enttäuschter Konservativer im hessischen Oberursel eine Partei namens „Alternative für Deutschland“ (AfD) gründeten, erwarteten selbst wohlmeinende Beobachter zunächst nur eine weitere Kleinpartei rechts der Union mit ungewissen Zukunftsaussichten. Waren doch seit den siebziger Jahren alle Versuche einer Parteigründung rechts von CDU/CSU gescheitert, zuletzt der „Bund Freier Bürger“ (BFB) und die „Schill-Partei“ in Hamburg. Ein erstes Indiz, daß es bei der AfD ganz anders laufen würde, war der öffentliche Anklang, den die Neugründung fand. Bereits zu der ersten öffentlichen Informationsveranstaltung, ebenfalls in Oberursel, erschienen am Abend des 11. März 2013 rund 1.300 Besucher. Zum Zeitpunkt ihres ersten Bundesparteitages einen Monat später hatte die AfD bereits über 7.000 Mitglieder und verfügte über mehrere Landesverbände.

Alexander Gauland: „Gäriger Haufen“

Allerdings stieß die junge Partei schon von Anbeginn auf harsche Ablehnung in den Mainstreammedien und bei den bis dahin etablierten politischen Parteien, wie auch der linksextremen Szene. Dessen ungeachtet hatte die AfD bis September 2013 in allen Bundesländern Landesverbände gegründet und Landeslisten zur Bundestagswahl aufgestellt, bei der sie mit 4,7 % nur knapp an der Fünfprozenthürde scheiterte.

Fünf Jahre später saß die AfD mit teilweise zweistelligen Ergebnissen in sämtlichen Landtagen und im Deutschen Bundestag, in den sie 2021 auch den Wiedereinzug schaffte. Damit ist die AfD unbestreitbar die erfolgreichste

Parteigründung in der Geschichte der Bundesrepublik. Sie hat sich ungeachtet aller Hass und Hetze seitens der politischen Konkurrenz, der Medien und der linken Szene in der deutschen Politik fest etabliert. Das gilt auch, wenngleich seitens der etablierten Parteien kaum eine Gelegenheit zur Diskriminierung und Ausgrenzung der AfD ausgelassen wird. So stellt die AfD im Widerspruch zur Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages dort weder einen Vizepräsidenten noch Ausschußvorsitzende, da ihre Kandidaten sämtlichst von den anderen Fraktionen in geheimer Wahl abgelehnt werden. Auch die parteinahe Stiftung der AfD erhält als einzige der Stiftungen der im Bundestag vertretenen Parteien keine öffentliche Förderung aus dem Bundeshaushalt. Hierzu gehören auch die Versuche mittels des politisch instrumentalisierten Inlandsgeheimdienstes die AfD aus dem öffentlichen Diskurs auszuschließen und ihre Mitglieder und Funktionsträger unter Druck zu setzen.

Genügend Stammwähler sorgen inzwischen aber dafür, daß sich die AfD trotz dieser Anfeindungen auch künftig weiter etablieren wird. Das wird zumindest so lange so sein, wie sie „für Deutschland“ eine von den Wählern so empfundene Lücke im Parteiensystem schließt, die die anderen Parteien nicht ausfüllen wollen oder können. Dies bestätigt auch ihr jüngstes Wahlergebnis in einer so linkslastigen Stadt wie Berlin. Angesichts ihrer Wahlergebnisse und aktuellen Umfragewerte in den meisten ostdeutschen Bundesländern ist zudem nicht auszuschließen, daß sie auf Landesebene auch bald Regierungsverantwortung übernehmen könnte. Hoffen wir also in diesem Sinne weiterhin das Beste für unsere Partei!

Matthias Bath



Zeitenwenden in der AfD: Bernd Lucke, Frauke Petry, Jörg Meuthen, Alice Weidel





Aufbruch der Jenaer Studenten zum Freiheitskampf 1813 - F. Hodler

Vor 210 Jahren – am 16. März 1813 – erklärte der preußische König Friedrich Wilhelm III. dem Frankreich Napoleons, das seit 1806/07 große Teile Preußens besetzt hielt, den Krieg. Einen Tag später rief der König in seinem legendären Aufruf „An mein Volk“ alle Preußen zur Unterstützung des anstehenden Befreiungskampfes auf.

Dem war am 30. Dezember 1812 die „Konvention von Tauroggen“ vorausgegangen, mit der der preußische Generalleutnant von York sein Korps gegenüber den russischen Truppen bis zum Erhalt neuer Befehle des preußischen Königs für neutral erklärt hatte. Derweil zogen die Reste der in Rußland geschlagenen „Grande Armée“ Napoleons von den Russen verfolgt weiter nach Westen in Richtung Weichsel.

In Preußen entstand nun eine angespannte Übergangssituation, die der Schriftsteller Theodor Fontane in seinem 1878 erschienenen Romanerstling „Ruhe vor dem Sturm“ genannt hat. Mitte Januar 1813 hatten die Russen schließlich auf breiter Front die Weichsel erreicht, waren dort aber vorerst stehen geblieben.

Doch nun gerieten die Dinge auch in

Berlin in Bewegung. Nachdem in der Nacht vom 17. zum 18. Januar die Berliner Garnison gegen einen vermuteten französischen Angriff auf den preußischen Hof alarmiert worden war, hatte am 20. Januar die Potsdamer Garnison mit Marschziel Breslau ihren Standort verlassen. Am selben Tag war auch Staatskanzler von Hardenberg nach Breslau abgereist. Am 22. Januar war der preußische Hof gefolgt und befand sich nunmehr außerhalb des französischen Zugriffsbereichs.

In Ostpreußen war ab dem 23. Januar das Yorksche Korps von Tilsit in den Raum Elbing verlegt worden. Anfang Februar hatte die Russen die Weichsel überschritten und waren nach Pommern und Brandenburg vorgestoßen. Am 5. Februar hatte der Ostpreußische Ständetag die Errichtung der Ostpreußischen Landwehr aus nahezu allen männlichen Einwohnern des Landes zwischen 18 und 45 Jahren beschlossen.

In Breslau hatte am 28. Januar der Militärreformer und antifranzösische Wortführer General von Scharnhorst die Leitung des allgemeinen Kriegsdepartements übernommen und war damit eine Art preußischer Kriegsminister

geworden. Unter seiner Federführung erging am 3. Februar die Verordnung zur Bildung freiwilliger Jägerabteilungen. Ab dem 16. Februar begannen dann preußisch-russische Verhandlungen über ein Bündnis gegen Frankreich.

In Ostpreußen war das Yorksche Korps am 17. aus den Quartieren um Elbing aufgebrochen und hatte am 19. die Weichsel überschritten. Am 22. Februar erfolgte im Hauptquartier des russischen Generals Wittgenstein in Konitz eine Absprache über ein gemeinsames Vorgehen von Preußen und Russen bis zur Oder, die am 8. März erreicht werden sollte. Zu dieser Zeit waren russische Kosakeneinheiten bereits bis Berlin vorgestoßen, von wo sie sich am 20. Februar aber wieder hatten zurückziehen müssen. Am 27./28. Februar mündeten die preußisch-russischen Verhandlungen dann in die Konvention von Kalisch ein. Dieser Vertrag wurde zunächst aber noch geheimgehalten, so daß sich die preußischen Truppen weiter hinter den russischen hielten, um möglichst jede Gefechtsberührung mit den Franzosen zu vermeiden. Bereits am 2. März überschritt Wittgensteins Vorhut die Oder und erschien einen Tag später vor Berlin, das von den Franzosen kampflos geräumt wurde. Am 4. März rückte die russische Vorhut in Berlin ein, und am 11. März folgte das Gros der Wittgensteinschen Truppen, von den Berlinern stürmisch bejubelt.

Am 10. März – dem Geburtstag der Königin Luise – stiftete Friedrich Wilhelm III. in Breslau den Orden des Eisernen Kreuzes. Am selben Tag überschritten auch die Truppen Yorks die Oder. Am 16. März 1813 erklärte Preußen schließlich Frankreich den Krieg. Am 17. März folgte der legendäre Aufruf Friedrich Wilhelms III. „An mein Volk“. Gleichzeitig erschien nach ostpreußischem Vorbild die Verordnung über die Land-



wehr, womit praktisch die allgemeine Wehrpflicht eingeführt wurde. Ebenfalls am 17. März 1813 erfolgte auch, von der Bevölkerung umjubelt, der feierliche Einzug des Yorkschen Korps in Berlin.

Der Appell des Königs löste eine Woge patriotischer Begeisterung verbunden mit enthusiastischer Opferbereitschaft in allen Schichten des Volke aus. 14.000 Freiwillige Jäger rüsteten sich selbst aus. Die Landkreise, denen die Aufstellung und Ausrüstung der Landwehr oblag, brachten hierfür vier Millionen Taler auf. Durch private Spenden, Sammlungen und Kirchenkollekten kamen noch einmal fünf Millionen zusammen. Manche opferten ihr Letztes, um damit die Ausrüstung des Heeres zu unterstützen. Tausende tauschten goldene Eheringe gegen eiserne mit der Inschrift „Gold gab ich für Eisen“. Die preußischen Universitäten in Breslau, Berlin und Königsberg stellten ihren Lehrbetrieb ein, weil Studenten wie Professoren zu den Waf-

fen eilten. Am Gymnasium zum Grauen Kloster in Berlin meldeten sich von den 211 Schülern ab der 8. Klasse aufwärts 134 freiwillig zum Militär. Aber auch die nichtpreußischen Universitäten Halle und Jena schlossen ihre Pforten, weil sich ihre Studenten preußischen Freikorps anschlossen.

Die Truppen Yorks blieben acht Tage lang in Berlin, um sich auf die bevorstehenden Kämpfe vorzubereiten. Am 26. März verließ das Yorksche Korps Berlin westwärts, um sich den aus Magdeburg vorstoßenden französischen Truppen entgegenzustellen. Am 5. April trafen die Truppen Yorks bei Möckern auf die Franzosen und zwangen sie hier in mehreren Gefechten zum Rückzug in die Festung Magdeburg. Das ist im Grunde aber schon der Beginn des Frühjahrsfeldzuges der Befreiungskriege von 1813.

Von allen Kriegen in der deutschen Geschichte hat wohl keiner eine so positive

Überlieferung erfahren wie die Befreiungskriege. In der bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts in Deutschland vorherrschenden national-heroisierenden Geschichtsschreibung nahmen die Ereignisse der Jahre 1813 bis 1815 breiten Raum ein. Heute werden sie dagegen meist eher zurückhaltend behandelt. Dabei geht von „1813“ durchaus eine freiheitliche Tradition aus. Die Einbeziehung breiter Volkskreise ins Kriegsgeschehen wirkte als Initialzündung für die Ausprägung demokratischen Bewußtseins, das den Wert der Volkssouveränität schätzen lernte. Daraus erwuchsen die politischen Forderungen des Frühliberalismus. Dies begründet eine bruchlose demokratische Traditionslinie, auf die sich auch das heutige Deutschland ohne weiteres gut berufen könnte, wenn nicht seine gegenwärtig herrschende politische Klasse eifrig an seiner Abschaffung arbeiten würde.

Matthias Bath

Kein Abriss von Gründerzeithäusern im Ortskern von Zehlendorf !



Im Ortskern von Zehlendorf sollen mehrere prägende Gründerzeithäuser abgerissen und durch einen Neubau ersetzt werden.

Peer Lars Döhnert, AfD-Fraktionsvorsitzender in der BVV Steglitz-Zehlendorf, erklärt dazu:

„Der neue Eigentümer der Gründerzeithäuser am Teltower Damm Nr. 9 und Nr. 11 plant den Abriss der historischen Gebäude. Die alte Bausubstanz soll einem Wohn- und Geschäftshaus mit über 1.500 Quadratmetern Einzelhandelsfläche und einer Tiefgarage weichen. Es macht fassungslos, dass eines der schönsten Gebäude mit Gründerzeit-Fassade im Ortskern von Zehlendorf einem seelenlosen Neubau weichen soll.

Ein positiver Vorbescheid zum Abriss und Neubau wurde seitens des Bezirksamtes bereits erteilt. Der Erhalt durch Denkmal- oder Ensembleschutz ist nicht gegeben. Diese Informationen wurden im Stadtentwicklungsausschuss am Dienstag,

den 7. Februar, bekanntgegeben.

Die AfD-Fraktion unterstützt die Bürger bei ihrem Widerstand gegen die Zerstörung des historischen Zehlendorfer Ortskerns.“

(Pressemitteilung der AfD-Fraktion in der BVV Steglitz-Zehlendorf)



Peer Lars Döhnert ist Vorsitzender der BVV-Fraktion der AfD



Frauentag - Kann das weg?

In der Wahrnehmung des Frauentages gibt es große Wahrnehmungsunterschiede zwischen Ost und West.

Im Westen - ich bin Wessi - hat der Frauentag etwas Gezwungenes. Beim Muttertag denkt man im Westen an einen schönen Brauch, oft nicht wissend, daß dieser in den 12 Jahren besonderer Herrschaft in Deutschland eingeführt wurden und heute vor allem ein Geschäft für die Blumenhändler ist.

Im Osten gehört der Frauentag zum Lauf des Jahres wie der 1. Mai oder Weihnachten.

Vom großen Bruder Sowjetunion übernommen, hat man diesen Brauch ins Herz geschlossen.

Anfang des Jahres 2020 wurde der Frauentag im Berliner Abgeordnetenhaus als Feiertag das Landes Berlin beschlossen. Gemeinsam mit dem 8. Mai, der 2020 einmalig in Berlin ein gesetzlicher Feiertag war.

Der Name „Tag der Befreiung“ ist für den deutschen Durchschnittsbürger schwer zu verdauen.

Zeitgleich mit der Befreiung von der nationalsozialistischen Diktatur begann für Deutschland eine hegemoniale Phase. Deutschland ist seither - so sieht es zumindest der langjährige Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) - noch nie souverän gewesen.

Aber zurück zum Frauentag. Für

was sollen wir den Frauen danken? Für ihre Arbeit? Für ihr soziales Engagement?

Mit Sicherheit nicht für die Erfüllung ihrer Mutterpflichten, denn dann wäre es ja ein zweiter Muttertag!



Ist das Wesentliche, das Frauen von Männern unterscheidet, nicht die Fähigkeit Leben schenken zu können?

Der Frauentag wurde in der Sowjetunion von den Kommunisten eingeführt, die im Zeichen der Gerechtig-

keit und des Kollektivismus auch die industrielle Frauenarbeit eingeführt hatte.

Wenn Deutschland einen Feiertag braucht, ist es ein Tag der nationalen Freude. Der Sedanstag war das einmal (2. September).

Ich habe nie verstanden, warum man den 17. Juni als Tag der Aufrechten nicht als gemeinsamen Nationalfeiertag bewahrt hat. Der 3. Oktober als Funktionstag der deutschen Geschichte wird jedenfalls nie die Herzen der Deutschen ergreifen.

Cora Stefan kommentierte auf Kontrafunk zum Frauentag das Wehklagen über die mangelnde Vertretung von Frauen in der Politik.

Die Versuche, eine verpflichtende Frauenquote in den Parlamenten durchzusetzen, seien in zwei Bundesländern verfassungsgerichtlich untersagt worden. Eine Bevorzugung aufgrund des Geschlechts sei wie die Benachteiligung ausgeschlossen.

Cora Stefan stellt die Frage, warum denn Frauen in den Parteien ebenso nicht gleichauf mit den Männern vertreten seien?

Die Antwort ist eigentlich ganz einfach: Sie wollen es nicht.

Andreas Wild

James Bond jetzt woke

Nach den Kinderbüchern von Ottfried Preußler und Enid Blyton erfaßt der Haß der Gutmenschen nun Ian Fleming (Bild rechts), dessen Romane die Basis der beliebten James Bond Abenteuer sind. Sie werden nun von „rassistischen“ Formulierungen befreit. Demnach fehlen jetzt Begriffe für Schwarze



und ethnische Zugehörigkeiten von Personen. Wer befreit uns von Cancel Culture und Woke? Außer dem Wohlstandspöbel vom Prenzlauer Berg, der offenbar Bettina Jarasch gewählt hat, braucht das niemand. Nicht in Berlin, nicht in Deutschland und nirgends auf der Welt.

Klaus Gröbig



Als vor 175 Jahren das europäische Revolutionsjahr 1848 am 24. Februar mit dem Sturz der französischen Monarchie begonnen hatte, dauerte es nur wenige Tage, bis die revolutionären Umwälzungen auch die deutschen Großmächte Österreich und Preußen erreicht hatten. Am 13. März wurde der österreichische Staatskanzler Fürst Metternich gestürzt und mußte nach England fliehen. Österreich erhielt eine liberale Verfassung, und die einzelnen Nationen des Vielvölkerstaates erhoben jetzt gewaltsam ihren Anspruch auf Selbstbestimmung und Selbstregierung.

In Preußen begannen die Unruhen im Rheinland, wo am 3. März eine Kundgebung vor dem Kölner Rathaus vom Militär gewaltsam aufgelöst wurde. Zu Unruhen kam es aber auch in Aachen, Düsseldorf, Elberfeld und Koblenz. In Berlin begannen ab dem 6. März „In den Zelten“ - Ausflugslokalen im Tiergarten knapp außerhalb der damaligen Berliner Stadtgrenze – Volksversammlungen, die rasch an Zulauf gewannen. Berlin war 1848 mit etwa 415.000 Einwohnern die sechstgrößte Stadt des Kontinents und ein Zentrum der Industrialisierung in Deutschland. Aber diese Industrialisierung war ungeachtet klangvoller Namen noch weniger vom Maschinenbau als von Textil- und Bekleidungsindustrie und kleingewerblichen, handwerklich geprägten Produktionsstätten beherrscht. So waren weithin noch kleingewerbliche Kümmerexistenzen für das Berliner Wirtschaftsleben kennzeichnend, das von massiver Verelendung und Ausbeutung geprägt

war. Wegen der niedrigen Löhne mußten Frauen und Kinder die am Rande des Existenzminimums lebenden Arbeiterfamilien miternähren. Etwa 350.000 Berliner gehörten zu diesen ärmeren, „unteren Volksklassen“. Ab dem 13. März prägten auch zahlreiche Angehörige dieser Unterschichten – Handwerker und Arbeiter – die Volksversammlungen „In den Zelten“.



Ab dem 13. März kam es aber auch schon allabendlich zu Zusammenstößen mit dem Militär, die bis zum 16. März 20 Tote und 150 Verletzte forderten. Am 17. März traf eine Abordnung aus dem Rheinland in Berlin ein, um von König Friedrich Wilhelm IV. (1795-1861) liberale Zugeständnisse zu fordern, weil ansonsten eine Abspaltung der preußischen Rheinprovinz drohe. Schon seit dem 15. März hatten im Schloß pausenlose Beratungen stattgefunden, die schließlich in ein Reformkonzept im Sinne der liberalen Forderungen einmündeten. Am Vormittag des 18. März versammelten sich auf dem Schloßplatz etwa 10.000 Menschen, um das Ergebnis der Beratungen zu erfahren. Gegen 13.30 Uhr erschien der König auf einem Schloß-

balkon und verlas zwei Proklamationen, in denen er die Pressezensur aufhob und eine Verfassung für Preußen in Aussicht stellte. Derweil kam die immer dichter zusammengedrückte Menge dem Schloßportal immer näher. Angesichts dessen entschieden sich die militärisch Verantwortlichen, die Menge vom Schloß zurückzudrängen. Dabei lösten sich gegen 14.30 Uhr aus Militärwaffen zwei Schüsse, die in die Luft gingen und niemand verletzten.

Die Menge glaubte nun an Verrat seitens des Königs und einen gezielten Feuerbefehl und flüchtete vom Platz in die angrenzenden Straßen, wo alsbald mit dem Bau von Barrikaden begonnen wurde. Schon bald türmte sich in den Straßen der preußischen Hauptstadt eine Barrikade hinter der anderen auf. Bis zum Abend gab es in Berlin kaum eine Straße, die nicht doppelt und dreifach verrammelt gewesen wäre. Ab 16.00 Uhr begannen dann die unter dem Befehl des Kommandeurs der 1. Garde-Division, Generalleutnant von Prittwitz, stehenden, 15.000 Mann in Berlin vorhandenen Truppen, mit der Beseitigung der Barrikaden. Ihnen standen schätzungsweise 5.000 bis 6.000 Barrikadenkämpfer, vorwiegend Handwerker und Arbeiter, gegenüber. Es gelang dem mit äußerster Brutalität vorgehenden Militär bis zum frühen Abend, den Westen der Stadt zwischen Brandenburger Tor und Schloß freizukämpfen und zu sichern und bis zum späten Abend bis zum Alexanderplatz vorzustoßen. Doch hier zeigte sich, daß die vorhan-





Barrikadenkampf am Berliner Alexanderplatz

hatten auf seiten der Barrikadenkämpfer 283 und auf seiten des Militärs vermutlich 63 Tote gefordert.

Am königlichen Hof, der nun für einige Tage ohne militärische

Bedeckung war, war die Ansicht weit verbreitet, nun stehe Berlin eine Zeit bevor, wie Paris während der Jakobinerherrschaft, und es fehle nur noch die Guillotine. Zur Besänftigung der revolutionären Gemüter unterwarf sich der König in den folgenden Tagen wiederholt für ihn demütigenden Gesten und Ritualen bis hin zur Teilnahme an der Trauerfeier für die revolutionären Märzgefallenen auf dem hierfür angelegten, gleichnamigen Friedhof im Friedrichshain am 22. März.

Das Revolutionsjahr 1848 war in Berlin in der Folge von einer schrittweisen Wiederherstellung der bisherigen Machtverhältnisse gekennzeichnet und lief schließlich auf die vom König am 5. Dezember einseitig verkündete „Verfassung für den Preußischen Staat“ hinaus. Damit war die im März im ersten Anlauf siegreich erscheinende Revolution darauf beschränkt, daß die bis dahin absolute Monarchie nunmehr eine konstitutionelle war, was für Preußen das wichtigste Ergebnis der Revolution von 1848 blieb.

dene Truppenstärke nicht ausreichte, um die Stadt insgesamt zu erobern und zu besetzen. Die Angriff der Truppe fraßen sich am Alexanderplatz fest, und es gelang nicht die große Barrikade am Beginn der Neuen Königsstraße zu erobern. Das Militär konnte weder in die Rosenthaler Vorstadt noch in die hinter dem Alexanderplatz gelegenen, ebenfalls von Armut geprägten, östlichen Vorstädte eindringen. Nach 16stündigen erbitterten Kämpfen erteilte Friedrich Wilhelm IV. am Morgen des 19. März schließlich den Befehl zum Rückzug des Militärs. Die Kämpfe

Am 29. März berief Friedrich Wil-

Matthias Bath

Schottenpartei sucht neuen Vorsitzenden

Nicola Sturgeon ist als Vorsitzende der Scottish National Party (SNP) zurück getreten. Sie hatte ihrerseits Alex Salmond zuvor 2014 „abgesägt“. Während Salmond ein braver Konservativer war, wollte Sturgeon „fortschrittlich“ sein. Nachdem 2014 die angestrebte Unabhängigkeit Schottlands in einer Volksabstimmung gescheitert war, verlegte sich Sturgeon auf „moderne“ Gesellschaftspolitik. Das brachte ihr viel Zuspruch der Meinungsindustrie ein. Ihr Gender-Gesetz das Transpersonen den Geschlechtswechsel per Selbstdeklaration ermöglichen sollte, wurde von der Zentralregierung in London „kassiert“. Mit ihrer feministisch-gendergerechten Politik hat Sturgeon die SNP gespalten

und von ihrem Hauptziel die Erreichung einer staatlichen Unabhängigkeit abgebracht. James Bond Hauptdarsteller Sean Connery war jahrelang ein großzügiger Spender für die Sache der schottischen Unabhängigkeit. Der am 31. Oktober 2020 verstorbene Weltstar hätte sich wohl im Grabe umgedreht, hätte er Sturgeons Gender-Gaga miterleben müssen. Auch bei der Nachfolge um den Parteivorsitz geht es weniger um die schottische Unabhängigkeit denn um „Kulturkampf“.

Der schottische Gesundheitsminister Humza Yousaf will neuer SNP Chef werden. Zwar behauptet der fromme Muselman, sich an die weltlichen Gesetze halten zu wollen, aber

die Taqīya gebietet es die „Ungläubigen“ zu belügen, bis die Sharia im Land Einzug gehalten hat.

Finanzministerin Kate Forbes gehört einer ziemlich radikalen Freikirche an. Als dritte Kandidatin gilt Ash Regan, die im letzten Jahr aus Protest gegen das schottische Gender-Gesetz als Ministerin für lokale Sicherheit aus Sturgeons Regierung zurücktrat. Als Favoriten werden Humza Yousaf und Kate Forbes gesehen mit Vorteilen für Yousaf. Solange kein Parteivorsitzender vom Format eines Alex Salmond in Sicht ist, wird es mit der schottischen Unabhängigkeit nichts werden und die Regierung in London hat eine Sorge weniger. KG



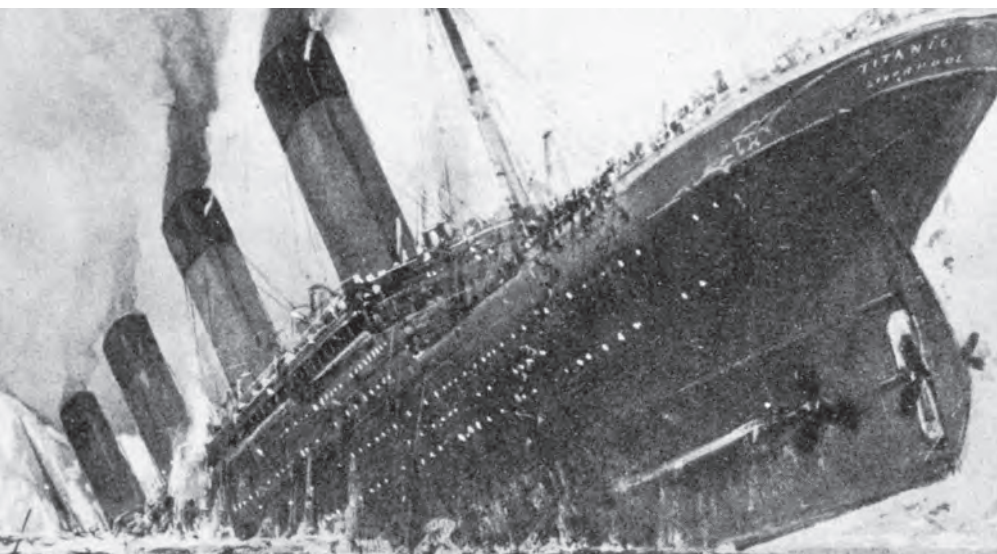
Der Niedergang der FDP begann am 7. Dezember 2021. An diesem Tag willigte die FDP, die von bürgerlichen Wählern mit 11,5 % am 26. September 2021 in den Bundestag gewählt wurde, in ein Linksbündnis mit Grünen und SPD ein. Obwohl es im Deutschen Bundestag eine bürgerliche nicht linke Mehrheit gibt, gab sich die Partei zu einer sogenannten „Ampelkoalition“ her. Daß es auch anders geht, zeigten die thüringer Liberalen, die bei den Landtagswahlen zwar nur 5 % erreicht hatten, aber mit Thomas Kemmerich kurzzeitig den Ministerpräsidenten stellen, bis er unter erpresserischen Gesamtumständen wieder zurücktreten mußte. Die von Christian Lindner geführte Bundespartei entschied sich für eine andere Politik gegen zumindest einen beträchtlichen Teil ihrer Wählerschaft, obwohl es dafür im Parlament keine Mehrheit gibt. Das warnende Beispiel, dass ihre Wähler sie wie schon 2013 aus dem Bundestag hinaus wählen könnten, tat Lindner damit ab, dass er als Finanzminister rot-grüne Experimente verhindern werde und der Bundesverkehrsminister Wissing die Rechte der Autofahrer verteidigen würde. Die Wähler sahen das offenbar anders. Am 15. Mai 2022 erreichte die FDP bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen mit 5,9 nach 12,6 % ein desaströses Ergebnis und flog aus der Landesregierung. Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein kam die FDP nur noch auf 6,4 %, der „dankbare“ Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) warf sie aus der Landesregie-

rung und koalierte lieber mit den Grünen. In Niedersachsen scheiterten die Liberalen dann am 9.10.2022 an der 5%-Hürde. Diese Serie der Mißerfolge setzte sich nun bei den Wiederholungswahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus mit 4,6 % fort.

Die 2023 ausstehenden Wahlen in Bremen, Hessen und Bayern verheißten der FDP weitere Niederlagen. Auf Bundesebene sind das Jahressteuergesetz, die steuerliche Neubewertung des Grundeigentums und Neuregelungen bei der Erbschaftssteuer das genaue Gegenteil dessen, wofür sie von ihren Wählern gewählt wurden, und Lindner kann sich nicht mit mangelnder Kompetenz herausreden. Der zuständige Minister ist er höchstselbst. Die FDP trägt nicht nur die Verantwortung dafür, daß Robert Habeck, Lisa Paus, Cem Özdemir und Annalena Baerbock auf Ministersessel sitzen, sondern auch für peinliche Persönlichkeiten wie Professor Karl Lauterbach, der über die Landesgrenzen hinaus zum Gespött geworden ist. All diese Gestalten können ihre Tätigkeit nur deswegen fortsetzen, weil die FDP das ermöglicht. Zwar sind die verbalen Versprechungen der FDP nach jeder verlorenen Wahl immer sehr ambitioniert. Passieren tut hingegen nichts. Nun glaubt Lindner, dass er mit Kritik an Nancy Faesers Politik des Bevölkerungsaustausches punkten kann: „Derzeit werde Migration in Deutschland nicht ausreichend gesteuert, Irreguläre Migration“ werde nicht ausreichend unterbunden. Was wir nicht brauchen

ist irreguläre Migration, die zwar illegal ist, aber dennoch zu dauerhaftem Aufenthalt und Bezug von Sozialleistungen führt“. Ach ne, das ist ja was ganz Neues – aber fordert das nicht die AfD schon seit Jahren? Man muß kein Wahrsager sein, um vorher zu sehen, dass dem Lindner Geschwätz keine realen Taten folgen werden. Nach der Berlin Wahl schimpfte wie üblich Wolfgang Kubicki, er sei richtig wütend auf das Ergebnis – und dass es so gekommen sei, liege auch an der Ampel auf Bundesebene, in der seine Partei mehr „FDP pur“ zeigen müsse. Lindner hingegen übte sich in Wählerbeschimpfung und schaltet auf „Durchzug“. Mehrmals wiederholte er, die Linie sei beim Wähler eben noch nicht angekommen. Unter Genscher verstand es die FDP in ihren Koalitionen CDU und SPD ihre Forderungen durchzusetzen. Christian Lindner scheint jedoch die veröffentlichte Meinung des Mainstreams mit der öffentlichen Meinung der Wähler zu verwechseln. Die FDP muß der Motor eines bürgerlichen Bündnisses auf Landes- und Bundesebene werden, wie sie in Schweden, Spanien oder Italien praktiziert werden. Sie sollte dem Scholz-Kabinett „den Stecker ziehen“. Zwar sagen die Umfragen der FDP in Bremen und Hessen bei den kommenden Landtagswahlen 6 % voraus, aber so ähnlich war das in Berlin auch. Mit anderen Worten, die FDP läuft Gefahr aus den Landtagen bei den drei 2023 anstehenden Landtagswahlen zu fliegen. 2025 stehen dann Bundestagswahlen an. Wenn die FDP bis dahin es nicht schafft, ihren Wählern zu erklären, wozu sie „gebraucht“ wird muß sie die Erfahrung des Jahres 2013 wiederholen. Bis dahin wird die Meinungsinindustrie sie für das Festhalten an der Ampel loben und dann nach den Bundestagswahlen einige Krokodilströmen vergießen.

Klaus Gröbig





AfD-Truck am 4.2. im Wahlkampf mit Guido Reil und Beate Prömm: Walther-Schreiber-Platz

Sichtbarkeit auf der Straße

Immer wieder führen Protagonisten der Alternative Klage darüber, in der Öffentlichkeit zu wenig wahrgenommen zu werden. Das gilt für das Fernsehen, die Straße und für AfD-Büros.

Erst am 20. Februar 2023 erschien in der FAZ ein Artikel unter der Überschrift „Warum die AfD so wenige Wahlkreisbüros hat“.

Nach eingehenden Überlegungen kommt der Autor zum Ergebnis, daß die AfD das Geld offenbar anders benutzt.

Hätte der Journalist sich die Mühe gemacht, das Gespräch mit einem Insider

zu suchen, hätte er möglicherweise von eingeschlagenen Scheiben und Farbanstrichen gehört.

Es ist auch nicht jedermanns Sache, hinter einer AfD-Schaufensterscheibe seine Arbeit zu verrichten.

In Berlin geschieht dies immerhin an zwei Stellen: Im Wahlkreisbüro des Mitglieds des Abgeordnetenhauses Ronald Gläser und in der Bezirksgeschäftsstelle des Bezirksverbandes Steglitz-Zehlendorf. Beide Ladenbüros bestehen seit mehreren Jahren und haben Anschlagversuchen stoisch getrotzt. Im Februar 2023 konnten allein

im Jungfernstieg 3 Kandidaten für die Mitgliederaufnahme gewonnen werden.

Die Fahrzeugflotte der AfD beschränkt sich in Berlin auf je einen Kleinbus der Bezirksverbände Reinickendorf und Marzahn und den in Steglitz-Zehlendorf heimischen AfD-Truck (oben).

Das Stück ist als Stadtmöbel oder Bühne mit bis zu 6.000 W Lautsprecheranlage einsetzbar.

Im Wahlkampf 2023 wurde der Truck sowohl am Hermann-Ehlers- als auch am Walther-Schreiber-Platz eingesetzt. Immer ein Hingucker. AW

AfD Steglitz-Zehlendorf im Jungfernstieg 4 b, Öffnungszeiten: Mi 12.00 - 17.00 u. Do 15.00 -17.00 Uhr



Per Brief an AfD BV Steglitz-Zehlendorf, Postfach 450109, 12171 Berlin, geht auch ohne Lastschriftzug. Wir laden Sie umgehend zum Aufnahmegespräch ein, bitte telefonische Erreichbarkeit und Emailadresse angeben, sofern vorhanden. Wir freuen uns auf Sie! Rückfragen: vorstand@afd-sz.de, Bürozeit: Mi. 12.00 - 17.00 u. Do. 15.00 - 17.00 Uhr, Tel.: 030-209677551

Aufnahmeantrag für Neumitglieder

www.afd.de/aufnahmeantrag



■ Ich beantrage die Aufnahme als Mitglied in die Alternative für Deutschland (AfD).

Ich erkenne die politischen Grundsätze und die Satzung der Partei an (www.afd.de/satzung). Zu den politischen Grundsätzen der Partei zählen insbesondere das Bekenntnis zum freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat sowie die Bejahung der Grundrechte (www.afd.de/grundsatzprogramm). Für die Aufnahme in die AfD sind die Regelungen der Bundessatzung maßgebend.

Akad. Titel: _____ ☐ w. ☐ m. Nachname: _____
Vorname: _____ geboren am: _____
Straße, Nr.: _____ PLZ, Wohnort: _____
Staat: _____ Staatsangehörigkeit: _____
Bundesland: _____ Kreis/Bezirk: _____
Telefon: * _____ Mobil: * _____
E-Mail: _____ Beruf/Tätigkeit: * _____

Haben Sie schon einmal einen Aufnahmeantrag gestellt? ☐ Ja, im Landesverband _____ ☐ Nein

■ Frühere und gegenwärtige Mitgliedschaften in Parteien und sonstigen politischen Gruppierungen

Bitte nennen Sie alle Mitgliedschaften in einer Partei und/oder einer sonstigen politischen Gruppierung (von - bis in Jahreszahlen):

Hinweis: Personen, die Mitglied einer extremistischen Organisation sind, können nicht Mitglied der AfD sein. Als extremistisch gelten insbesondere solche Organisationen, welche in einer vom Bundesvorstand beschlossenen Unvereinbarkeitsliste aufgeführt sind (www.afd.de/unvereinbar). Mit meiner Unterschrift bestätige ich, die Unvereinbarkeitsliste zur Kenntnis genommen zu haben.

■ Mitgliedsbeitrag

Der Mindestmitgliedsbeitrag beträgt 120 Euro pro Kalenderjahr. In besonderen sozialen Härtefällen kann eine Reduzierung des Mindestmitgliedsbeitrages beantragt und vom zuständigen Kreisvorsitzenden sowie Kreisschatzmeister bewilligt werden. Die Partei empfiehlt ihren Mitgliedern, den tatsächlichen Mitgliedsbeitrag den eigenen Einkommensverhältnissen entsprechend höher als den Mindestbeitrag anzusetzen (Richtwert für den Monatsbeitrag: 1 % des monatlichen Nettoeinkommens).

Ich zahle einen Jahresbeitrag von _____ EUR. Als (freiwillige) Aufnahmespende zahle ich _____ EUR*.

Ich wähle die folgende Zahlungsweise: ☐ jährlich ☐ vierteljährlich (ab 30 EUR/Quartal) ☐ monatlich (ab 10 EUR/Monat)

Hinweis: Zuwendungen an Parteien (Spenden und Mitgliedsbeiträge) sind steuerlich begünstigt (§ 34g EStG).

■ Bitte senden Sie Ihren Antrag entweder an die für Sie zuständige Landesgeschäftsstelle (www.afd.de/partei/landesverbaende) oder an die Bundesgeschäftsstelle, Schillstr. 9, 10785 Berlin (E-Mail: mitglieder@afd.de). Vor der Aufnahmeentscheidung wird vom aufnehmenden Verband ein persönliches Gespräch mit Ihnen geführt, bei dem die Beteiligten anwesend sein müssen. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand des Kreisverbands, in dem Sie Ihren Hauptwohnsitz haben (in den Landesverbänden Berlin und Hamburg stehen Bezirks- anstelle der Kreisverbände); die Landessatzungen können die zuständige Gliederungsebene abweichend regeln. Stimmt der Vorstand des für Sie zuständigen Gebietsverbands dem Aufnahmeantrag zu, teilt er dies den übergeordneten Gebietsverbänden und der Bundespartei mit. Diese können binnen eines Monats der Aufnahme widersprechen. Ist nach Ablauf eines Monats bei der Bundesgeschäftsstelle kein Widerspruch eingegangen, wird Ihnen sowie dem aufnehmenden Gebietsverband die Aufnahme bestätigt. Die Mitgliedschaft beginnt unabhängig vom tatsächlichen Zugang der Annahmeerklärung am fünften auf die Versendung der Annahmeerklärung folgenden Tag.

Ich versichere, dass alle von mir gemachten Angaben wahrheitsgemäß und vollständig sind.

Ort, Datum: _____ Unterschrift des Antragstellers: _____

■ SEPA-Lastschriftmandat*

Ich ermächtige die Alternative für Deutschland (AfD), die zu entrichtenden Beiträge und ggfs. die einmalige Aufnahmespende von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Bankinstitut an, die von der AfD auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Bankinstitut vereinbarten Bedingungen. (Gläubiger-ID und Mandatsreferenz werden separat mitgeteilt)

Kontoinhaber: _____ Bankinstitut: _____
Straße, Nr.: _____ IBAN: _____
PLZ, Wohnort: _____ BIC: _____
Ort, Datum: _____ Unterschrift: _____



Auf dem Rückweg vom Trödelmarkt komme ich an der Kirche vorbei, die am Friedrich-Wilhelm-Platz steht. Sie ist in rotem Backstein gehalten und stammt aus der Kaiserzeit. Die braune Holztür steht weit offen, was ich bisher noch nie erlebt habe. Also trete ich ein. Ich mag Kirchen. Am liebsten sind mir die alten, dunklen Bauwerke der orthodoxen Griechen oder Russen, wo ein Schleier von Weihrauch im Raum hängt, und Ikonen und Mosaiken die Wände zieren.

Diese Kirche ist aber eine evangelische: befreit von allem, was als schön und dekorativ hätte wahrgenommen werden können. Die Wände sind kahl und weiß, und es riecht nach abgestandener Luft anstatt nach Weihrauch. Ich bin enttäuscht, setze mich aber dennoch kurz hin, weil ich müde vom Gehen bin.

Vorne ist eine Frau damit beschäftigt, den Altar mit frischen Blumen zu schmücken, und sie entfernt die abgebrannten Kerzen. Danach geht sie links vom Altar zu einer Art Stellwand, auf der Zettel gepinnt sind, und sie ordnet sie neu. Ich werde neugierig: Was ist das für eine Wand, und was bieten die Leute feil? Meistens hängen da Angebote wie: „Schubkarre zu verkaufen“, oder „Biete Kinderbetreuung, aber ohne Kochen“. Hier aber gibt es eine andere Sammlung: „Lieber Gott, mache dass meine Katze wiederkommt“, und „Gott; mache dass meine Lehrerin nicht mit mir schimpft“, oder „Lieber Gott, bringe die Flüchtlinge das Schwimmen bei, damit sie nicht mehr ertrinken“. Das Schriftbild verrät, dass es Kinder waren, die diese Zettel geschrieben haben. Aber auch Erwachsene haben Ihre Hoffnungen und Ängste hier zum Ausdruck gebracht. So gibt es einen gelben Zettel, auf dem steht: „Vater im Himmel,

schütze meine verstorbenen Eltern.“ mit einem Herz darauf, und ein anderer mit „Heiliger Vater, stehe meinem Bernd bei, der schon wieder in Moabit sitzt“. Und natürlich gibt es viele Friedenswünsche für die Ukraine. Alles ehrenhafte und verständliche Anliegen, finde ich.

Plötzlich packt mich die Lust, auch ein paar ehrliche, tiefe und ernsthafte Wünsche zu äußern. Ich biete dem lieben Herrgott gar an, noch ein paar Vaterunser oben drauf zu legen, damit er sie auch wirklich erfüllt.

Es ist eine Woche vor der Berliner Wiederholungswahlen, und meine Wünsche sind viel weitreichender, viel umfassender als die hier schon veröffentlichten.

Ich nehme mir einen Zettel und



„Zum guten Hirten“, Ev. Kirche

schreibe mit einem Filzstift, der dabei liegt, und denke nach. Was wünsche ich mir wirklich? Dann schreibe ich: „Gottvater, bitte lasse alle Grünen in der Hölle schmoren“. Den Zettel werfe ich wieder, denn er ist viel zu allgemein. „Gottvater, gib‘ uns Politiker mit Anstand und Verstand, wie Weidel und Wagenknecht“. Das ist gut, denn wenn auch Wagenknecht erwähnt ist, kann man mir schon nicht mehr vorwerfen „rääächst“ zu

sein. Ich hänge ihn auf. Auf einem neuen Zettel mache ich weiter:

„Bitte versenke Lauterbach, Scholz, Ricarda Lang, Habeck, Baerbock, Roth, Trittin, Jarasch, Thunberg, Neubauer, alle Klimakleber, Kriegstreiber und Waffenschieber gemeinsam in der Havel“..... Das stelle ich mir sehr befreiend vor. Aber dann fällt mir ein, dass die gar nicht untergehen können, wenn Ricarda Lang dabei ist. Das ist wie mit den Fettaußen auf der Suppe, die immer oben sind. Also auch den Zettel verwerfe ich.

„Lieber Gott“, fange ich neu an, „ich will es kurz halten. Bitte schütze alle, die Deutschland lieben und seine Traditionen wahren“. Den Zettel hänge ich auf. Ich bin aber nicht zufrieden mit meinem Werk, also nehme ich ihn wieder ab. Von weitem beäugt mich die Küsterin.

Warum muss ich bloß plötzlich an meinen Vater denken? Er hat mir, als ich Kind war, das Vaterunser beigebracht, aber er hat auch gesagt: „Betten darf nicht bitten sein. Du darfst dem Schöpfer nur danken, aber um nichts bitten“. Ich nehme erneut einen Zettel und schreibe: „Herr, habe Dank für die unbeschreibliche Dummheit der Grünen, die Korruption der CDU, die Wendehälse der FDP und die Volksverräter in der SPD. Nur anhand deren Taten können wir unserer Jugend zeigen, welche Irrwege sie vermeiden soll, und dafür danke ich Dir“.

Ich pinne den Zettel mit zwei Reißbrettstifte gut fest. Danach stelle ich für einen Euro eine Kerze auf, und gehe zur Eingangstür. Als ich mich kurz vor dem Herausgehen noch einmal umdrehen, sehe ich, wie die Küsterin vor dem Brett steht und in meiner Richtung schaut.

Hendrika

